



Finanziert durch das
Programm Erasmus+
der Europäischen Union



**Europagespräche
Institut für Geschichte,
Stiftung Universität Hildesheim**

**Udo Seiwert-Fauti
„Schottland, das Vereinigte Königreich und die Brexit-Frage“
13. November 2017**

Zum Referenten

Udo Seiwert-Fauti ist in Koblenz am Rhein geboren. Aufgrund von verschiedenen Nationalitäten nennt er sich selbst „einen in Deutschland geborener Europäer“. Seiwert-Fauti studierte Wirtschaftswissenschaften und beendete sein Studium mit dem Abschluss des Diplom-Betriebswirts. Seit 1977 arbeitet er als Radio- und Rundfunkjournalist. Als Redakteur, Reporter und Korrespondent der British Broadcasting Corporation (BBC) in Schottland sowie für weitere schottische Medien ist Udo Seiwert-Fauti seit 2000 tätig. Der Arbeit als Berater der schottischen Regierung während der BBC Royal Charter Review ging er zuletzt mit dem Ziel nach, föderale Medien, wie Radio und Fernsehen, in Schottland zu fördern. Seiwert-Fauti ist nicht nur im schottischen Parlament in Edinburgh tätig, sondern auch im europäischen Parlament und im Europarat in Straßburg. Im schottischen Parlament ist er als einziger deutschsprachiger Journalist akkreditiert. In verschiedenen journalistischen Vereinigungen, wie der Auslandspresse mit Zugang zu der Bundespressekonferenz in Berlin, den in Straßburg ansässigen europäischen Journalisten oder der Association of Journalism Education (AJE) in Großbritannien, ist er Mitglied. Ferner ist Seiwert-Fauti Initiator für ein faires Radio und als Lehrbeauftragter für Wirtschaft und Medien tätig. Seine thematischen Schwerpunkte sind aktuell der Brexit, Schottland sowie weitere Unabhängigkeitsbewegungen in Europa und neue journalistische Formen.

Vortrag

Udo Seiwert-Fauti beschäftigte sich im Rahmen seines Vortragsthemas „Schottland, das Vereinigte Königreich und die Brexit-Frage“ mit der Differenz zwischen Schottland und England, mit dem Brexit-Referendum, wie es dazu kommen konnte und den möglichen Folgen, sowie mit einzelnen Politikern und vergleichbaren Fällen in Europa.

Zunächst betonte Seiwert-Fauti, dass Deutsche oftmals die Begriffe England und Großbritannien gleichsetzen, obwohl England nur ein Teil Großbritanniens ist, wie Wales, Schottland und Nordirland. Schottland und England unterscheiden sich in vielen Aspekten, wie dem Gesetz oder die in England zu zahlenden Studiengebühren, während das Studium in den anderen Teilen Großbritanniens gebührenfrei ist. Historisch gesehen hat Schottland gemeinsam mit Frankreich gegen England gekämpft. Insgesamt stellt Udo Seiwert-Fauti die Komplexität des Vereinigten Königreichs heraus, denn es gibt nicht nur die vier Teilnationen innerhalb des Königreichs, sondern ebenfalls die sogenannten Crown Dependencies. Zu diesen gehören die Insel Isle of Man, Jersey und Guernsey. Die Besonderheit bei den Crown Dependencies ist, dass sie nicht Teil der EU sind und der Queen Elizabeth II. persönlich gehören. Jedoch ist es als Mitglied der Crown Dependencies möglich, einen EU-Pass zu beantragen, bei dem darauf hingewiesen wird, dass man nicht Bürger des Vereinigten Königreichs ist, sondern der entsprechenden Insel.

1707 fand die Zusammenlegung des schottischen und des englischen Parlaments statt. 1999 wurde das schottische Parlament etabliert. Aus völkerrechtlicher Sicht ist Schottland eigenständig. Das schottische Parlament kann ohne das englische Parlament über fast alles, was in Schottland passiert, Entscheidungen treffen. Außerdem dürfen die Schotten bei der Steuererhebung ihre eigenen Steuern behalten ohne sie nach England abgeben zu müssen. Ein weiterer wichtiger Unterschied ist, dass die Schotten eher bereit sind, sich auf die europäische Integration sowie die europäischen Werte einzulassen. Deshalb sind Schotten seit dem Beitritt Großbritanniens 1973 nicht nur am Handel interessiert. Seiwert-Fauti stellt fest, dass seit der Entstehung des eigenständigen schottischen Parlaments 1999 die Nationen England und Schottland immer mehr auseinanderdriften.

Ein wichtiger Faktor, den Seiwert-Fauti angesprochen hat, ist, dass die Briten eine Sonderrolle in der EU einnehmen, wie beispielsweise im Hinblick auf das Schengen-Abkommen oder den „Brittenrabatt“. Darüber hinaus stimmte Großbritannien bei der europäischen Integration bei jeglichen Entscheidungen mit einem „no“.

Mithilfe des „Edinburgh Agreement“ konnte das Independence Referendum vollzogen werden. Bei diesem Referendum 2014 stimmte die schottische Bevölkerung mit einem „Nein“ ab und somit für den Verbleib im Vereinigten Königreich. David Cameron hatte erklärt, dass nur, wenn sie im UK bleiben, sie auch in der EU bleiben. Dies änderte sich zwei Jahre später mit dem Brexit-Referendum. England und Wales stimmten mit ungefähr 52 Prozent für den Austritt, während Nordirland und Schottland mit 55,8 bzw. 62 Prozent jeweils für den Verbleib votierten. Einige Regionen haben für den Verbleib in der Europäischen Union gestimmt, um die wirtschaftlichen Vorteile aufrecht zu erhalten. Es wird gesagt, es sei der Wille des Volkes aus der EU auszutreten, jedoch betrifft dies nicht alle Teile des Königreichs, die dann nicht berücksichtigt werden.

Der Wahlsieg der Conservative-Party war die Voraussetzung für das Referendum. Jedoch muss dazu gesagt werden, dass sich Cameron, May und die Schotten den Ausgang der Volksabstimmung ganz anders vorgestellt haben. Cameron trat nach Bekanntwerden des Ergebnisses zurück; seine Nachfolgerin Theresa May schrieb Neuwahlen aus mit dem Ziel, mehr Macht zu erlangen. Jedoch verlor sie die absolute Mehrheit. Inzwischen hat laut Seiwert-Fauti Großbritannien eine Regierung, die keine Mehrheit mehr hat.

Niemand weiß derzeit genau, was daraus wird. Zunächst wird das Vereinigte Königreich die EU, die Zollunion sowie den gemeinsamen Markt verlassen und somit vergleichbar mit Australien oder Indien sein. Daher werden in Zukunft ein Visum bei Einreise und eine Arbeitserlaubnis benötigt. Damit wird die freie Bewegung der Menschen eingeschränkt. Außerdem werden die EU-Regeln, wie die Arbeitsrechte, Sozialversicherungen oder Arbeitszeitenregelungen, beim Austritt nicht mehr gelten. Die genauen Konsequenzen des Brexits werden etwa im Oktober 2018 bekannt sein. Der Ausstieg soll im März 2019 stattfinden.

Seiwert-Fauti meint, dass alle EU-Bürger aus Großbritannien zurück in ihre Heimatländer kehren und somit für die Erntearbeit die Arbeiter fehlen. Das National Health System wird Probleme bekommen, da ein Viertel des medizinischen Personals EU-Bürger sind. Darüber hinaus wird die Industrie mit Problemen, sprich mit hohen Kosten, rechnen müssen. Bei einem Austritt werden die EU-Regeln wegfallen bezüglich der Arbeitsrechte oder der Versicherungsregelungen.

Eine mögliche Folge kann sein, dass Großbritannien mit allen Ländern der Erde Neuverhandlungen bezüglich des Handels aushandeln muss. Durch die Zölle werden Waren deutlich teurer. Es könnte möglich sein, dass die Automobil- und Industrieproduktion in andere EU-Länder verlagert wird. Die Briten sind hingegen an „unseren“ Produkten interessiert.

Viele Abgeordnete sind gegen Theresa May als Premierministerin, da man sie für führungsschwach auch im Innern hält. Die Konsequenz könnte sein, dass Großbritannien als Global Player innerhalb seiner Teilstaaten zerstritten und ziellos sein wird. Eine weitere Vermutung ist, dass es ein neues Unabhängigkeitsreferendum Schottlands geben wird, nachdem die genauen Konsequenzen des EU-Austritts bekannt sind.

Insgesamt hat Großbritannien ein Identitätsproblem. Die Diskrepanz der Meinungen zwischen Alt und Jung hat zum Brexit beigetragen. Die ältere Bevölkerung stimmte dafür, während die Jüngeren von dem Ergebnis entsetzt sind, da sie ihre Zukunft ruiniert sehen. Hierbei liegt ein weiteres Problem, nämlich, dass zu wenig junge Leute wählen gehen und insgesamt zu wenig Hintergrundwissen haben und die Bedeutung des Brexits falsch einschätzten. Schottische Fischer glaubten, sie müssten nach dem Brexit keine Quoten mehr erfüllen und könnten ohne Einschränkungen fischen. Jedoch ist der EU-Raum ein Hauptabnehmer des schottischen Fisches. Die Kanadier werden dagegen Vorteile durch den Brexit haben, da sie ihren Fisch kostengünstiger in die EU exportieren können. Dazu kommen Propagandaaussagen, die von EU-Skeptikern gemacht wurden, dass das von Großbritannien an die EU gezahlte Geld künftig in den National Health Service investiert werde.

Der Fall Schottland ist laut Udo Seiwert-Fauti vergleichbar mit Katalonien. Beide Gebiete sind Mitglied im Europarat, jedoch ist die europäische Kommission gegen viele kleine Gebiete innerhalb der Europäischen Union.

Abschließend meint Seiwert-Fauti, dass es auf jeden Fall spannend bleibt, da noch nicht bekannt ist, welchen Stand Schottland haben wird. Die aktuelle Situation kann mit dem Wort Chaos definiert werden. Weiter stellt er fest, dass es bisher nur Ahnungen gibt, jedoch niemand genau weiß, wie es ausgehen wird.

Ein zusätzliches Problem tritt zwischen Nordirland und Irland auf sowie zwischen Protestanten und Katholiken in Nordirland – ein Konflikt, der eine lange Vergangenheit hat. Es gibt durchaus die Möglichkeit, ein Referendum zur Vereinigung der Republik Irland mit Nordirland durchzuführen. Nordirland hat allerdings bereits seit einiger Zeit keine Regionalregierung mehr; daher liegt die Entscheidungsmacht in London.

Eine Vermutung ist, dass das Vereinigte Königreich nicht aus der NATO austreten wird. Seiwert-Fauti denkt, dass es auch eine Einigung mit der EU und Europol bezüglich der Bekämpfung des Terrorismus geben wird.

Auszüge aus der Diskussion

Im Folgenden werden Seiwert-Fautis Antworten auf die anregenden Diskussionsfragen zusammengefasst.

Die Deutschen können sich beim Brexit zurücklehnen, jedoch lassen sich im Alltag persönliche Beziehungen, die über Jahre gewachsen sind, zu Großbritannien finden: Musik, London, Royal Family, David McAllister. Seiwert-Fauti zitiert Wolfgang Schäuble, der sagte: „in is in, out is out“.

Die Wähler/-innen waren gar nicht informiert, worüber sie abstimmten, sondern die Medien publiziertes das, was sie gut verkaufen konnten bzw. wie sie den Brexit gerne sahen. Einer, der zu den sogenannten fake news beigetragen hat, war Boris Johnson.

Die Fake-News-Journalisten sollten eigentlich nicht mehr bei der Daily Mail arbeiten, wegen der Verbreitung von Lügen, der Auslösung eines Skandals durch das Hacken der Telefone der Royal Family sowie wegen der Verstöße gegen journalistische Grundgesetze Europas. Das ist die Realität dort, die sich arg von der kontinentaleuropäischen unterscheidet. Diese Medien haben Experten als Lügner oder unter Einfluss stehend dargestellt. Somit wurden die real facts nicht geglaubt.

Es gibt eine Bewegung, die sich gegen den Brexit einsetzt, jedoch ist Theresa May der Meinung, dass sie den Willen des Volkes erfüllt. Dagegen wird Tony Blair als „dead figure“ angesehen, da er keine große Rolle mehr spielt und auch nicht mehr ernst genommen wird.

Thatcher hat sich für die Wirtschaft eingesetzt. Jedoch war die EU nie so, wie die britischen Medien berichtet haben, nämlich so wie sie gerne gesehen wurde. So wurde beispielsweise nie von den sogenannten Europawerten oder der Integration korrekt berichtet. Die Schotten sind eher bereit für die Integration. Insgesamt war es ein grundlegendes Missverständnis, dass die Europa-Werte nicht nur den Handel meinen, sondern auch politische Werte, die seit den Römischen Verträgen innerhalb der EU an Bedeutung gewonnen haben.

Der nicht stattgefundene Grexit kann nicht als Präzedenzfall für Großbritannien angesehen werden, da im Vergleich zum Brexit alle Möglichkeiten unternommen wurden, um einen Austritt zu verhindern.

Mit dem Austritt im März 2019 verlieren die Briten ihre Jobs in der EU und ihre Sitze im Europäischen Parlament. Ob sie im Europarat bleiben ist ungewiss. Die Europaparlamentarier haben bereits gesagt, dass, wenn Großbritannien ausgetreten ist, die EU, das machen kann, wofür sie steht. Mit der Idee „pulse of Europe“ gehen junge Leute auf die Straße, um die EU und ihre Werte zu vertreten. Andere Länder wollen unbedingt in die EU eintreten und Teil der supranationalen Organisation sein. Die Gründe für den Wunsch nach dem Beitritt sind nicht nur die wirtschaftlichen, sondern auch die politischen Vorteile für die Zukunft des jeweiligen Landes.